

Abschied vom Euro

Nach der jüngsten Wutwahl sucht Europa nach einem Plan B für Griechenland. Die bisherige Rettungspolitik ist gescheitert. Die Einsicht wächst, dass Athen die Währungsunion verlassen sollte.

MILOS BICANSKI / GETTY IMAGES



Es gibt vieles, was Alexis Tsipras an Deutschland gefällt. Der Vorsitzende der griechischen Syriza-Partei fährt morgens mit einem BMW-Motorrad ins Parlament, der deutsche Oberlinke Oskar Lafontaine zählt zu seinen politischen Verbündeten, und wenn es um die tägliche Arbeit geht, attestieren ihm seine Mitarbeiter einen Hang zu preußischer Perfektion.

Tsipras könnte als Freund der Deutschen durchgehen, gäbe es da nicht die Kanzlerin. Angela Merkel wird in griechischen Magazinen gern in Nazi-Uniform dargestellt, weil sie dem Rest Europas ihre Vorliebe für ausgeglichene Staatshaushalte, fürs Kürzen, Streichen und Verschlanken aufdrängt. Die Griechen, sagt Tsipras, wollen „Schluss machen“ mit den Vorgaben der Deutschen und ihrer „brutalen Sparpolitik“.

Tsipras ist der neue Star in Athen. Während sich die korrupten Altparteien des Landes tagelang abmühten, eine neue Regierung zu bilden, beherrscht der smarte Nachwuchspolitiker mit seiner wilden Sammlungsbewegung aus Trotzlisten, Anarchos und Linksozialisten die Schlagzeilen.

Bei den jüngsten Wahlen ist die Partei zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes aufgestiegen, und das lässt Tsipras seine graugesichtigen Gegner aus dem alten Griechenland spüren. Umringt von Kameras und Mikrofonen stand er am vergangenen Dienstag im Athener Regierungsviertel, setzte sein breites Gewinnerlächeln auf und forderte die beiden Traditionsparteien Pasok und Nea Dimokratia auf, mit einem Brief „an die EU-Führung“ alle internationalen Kreditverträge zu kündigen.

Tsipras weiß, was viele Griechen denken. Ende vergangener Woche stiegen seine Umfragewerte auf die neue Rekordmarke von fast 28 Prozent.

Zwei Jahre nachdem die Athener Regierung in Brüssel die ersten Hilfskredite beantragt hat, erreicht die Währungskrise einen Wendepunkt. Rund 240 Milliarden Euro haben Europa und die Weltgemeinschaft in den Balkanstaat gepumpt, Beamte wurden entlassen und die Renten gekürzt, ein Sanierungsprogramm nach dem nächsten verabschiedet.

Doch obwohl das Land faktisch von EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds regiert wird, ist die Verschuldung höher denn je, die Rezession verschärft sich, und die politischen Lage chaotisiert sich, Neuwahlen werden immer wahrscheinlicher.

Im Berliner Kanzleramt fühlen sich Merckels Berater durch die Fernsehbilder aus Athen inzwischen an Weimarer Verhältnisse erinnert. Was den Deutschen die angebliche „Schande“ des Versailler Friedensvertrags war, scheint den Griechen nun das Spardiktat aus Brüssel zu

sein. Und wie in den zwanziger Jahren in Deutschland profitieren davon rechte und linke Randparteien. Das politische System des Landes löst sich auf, und manche Beobachter befürchten sogar, dass die zugespitzte Lage am Ende in einen Militärputsch münden könnte.

Seit Jahren liegt Griechenland nun schon auf der Intensivstation, doch der Patient wird nicht gesund, sondern immer kränker und kränker. In einer vertraulichen Analyse kommen die Experten des IWF zu einem vernichtenden Urteil. Das Land habe nur „eine kleine industrielle Basis“, sei von „strukturellen Verkrustungen“ und einer „zu großen Rolle des öffentlichen Sektors“ geprägt.

Inzwischen ist es an der Zeit, die Therapie zu überdenken. Die Griechen waren nie reif für die Währungsunion, und sie sind es bis heute nicht. Der Versuch, das Land durch Reformen nachträglich fit zu machen, ist gescheitert.

Niemand kann die Griechen zwingen, den Euro aufzugeben. Doch inzwischen ist klar, dass der Austritt auch in ihrem eigenen Interesse läge.

Es geht nicht darum, die Griechen fallenzulassen. Griechenland ist und bleibt ein wichtiger Teil Europas. Scheidet Griechenland aus dem Euro aus, werden die sozialen, politischen und ökonomischen Folgen enorm sein. Vor allem für die Griechen, aber auch für den Rest Europas. Die Solidarität des Kontinents ist nicht an den Euro gebunden, und deshalb werden die anderen europäischen Staaten weiter mit gewaltigen Summen helfen müssen.

Aber nur ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone eröffnet dem Land langfristig eine Chance, wieder auf die Beine zu kommen. Die Griechen hätten wieder ihr eigenes Geld, das sie abwerten könnten. Dadurch würden alle Einfuhren teurer und alle Ausfuhren billiger. So könnte die griechische Wirtschaft „wieder konkurrenzfähig“ werden, glaubt nicht nur der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff.

Gleichzeitig wäre der Abschied des Landes vom Euro ein starkes Signal an die anderen Pleite-Länder: Europa lässt sich nicht erpressen. Denn der griechische Populist Tsipras formuliert nur Ansichten, die in großen Teilen des Athener Establishments weit verbreitet sind – dass die Europäer am Ende schon einknicken und zahlen werden, weil sie eine Pleite Griechenlands ähnlich fürchten wie die Menschen im Mittelalter die Schwarze Pest.

Wenn die Euro-Länder nachgeben, wird auch in den anderen Krisenstaaten der Reformdruck nachlassen. Dann werden die Schulden weiter steigen, die Anleger werden aus dem Euro flüchten – und die ganze Währungsunion könnte auseinanderbrechen.



Linkspopulist Tsipras

Der Ausstieg eines Mitglieds ist in den Regularien der Währungsunion zwar nicht vorgesehen, die Euro-Länder können ihn nicht erzwingen. Doch was bleibt den Griechen anderes übrig, wenn die Europäer wirklich hart bleiben und darauf bestehen, dass Griechenland alle Bedingungen für weitere Hilfen erfüllt?

Das Ausscheiden Griechenlands könnte am Ende nur das Ergebnis von Verhandlungen sein – und der Einsicht, dass das Land so seine nationale Würde wiedergewinnt. Hielte es um jeden Preis am Euro fest, bliebe es für Jahrzehnte von der internationalen Gemeinschaft abhängig. Mit einer eigenen Währung könnte das Land dagegen selbst über sein Schicksal entscheiden.

Das wäre die Voraussetzung für jenen politischen Neuanfang, den die Reformer des Landes für unausweichlich halten, Männer wie Gikas Hardouvelis, 56, beispielsweise, der Chefberater von Übergangspräsident Loukas Papademos.

Seine Aufgabe war einfach beschrieben, aber schwer zu erfüllen: Er sollte dafür sorgen, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Seit Ende November hat er das vielleicht schönste Büro im Land. Die Villa Maximos ist der herrschaftlichen Dienstsitz des Premierministers neben den Nationalgärten.

Seitdem hatte der Ökonom allerdings auch eine Mission, für die das Wörtchen „unmöglich“ durchaus angemessen ist. Er sollte einen Staat auf Trab bringen, der komplett heruntergewirtschaftet ist.

Bis vergangenen Sommer war nicht einmal bekannt, wie viele Angestellte der Staatsapparat hat. Geschweige denn, wie viele staatliche Betriebe es gibt, häufig nur gegründet, um die enormen

Ausgaben einzelner Ministerien zu verschleiern.

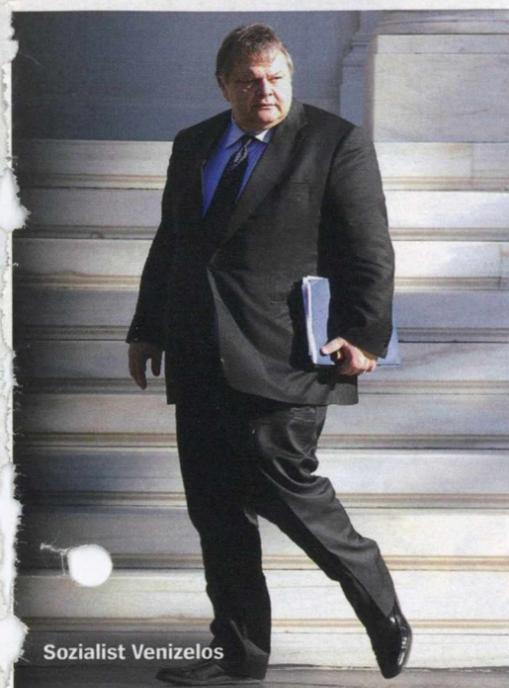
Als Hardouvelis mit seiner Arbeit als Chefberater des Premiers begann, sollte der Reformprozess eigentlich bereits in vollem Gang sein. Zuerst zählte er die Gesetze, die nicht nur verabschiedet wurden, sondern auch tatsächlich in Kraft traten. „Sehr, sehr wenige waren das“, erinnert er sich.

Die wirtschaftliche, politische und soziale Bilanz, die Gikas Hardouvelis nach zwei Jahren Krise ziehen musste, ist verheerend. Auf nahezu keiner Reformbaustelle kann die Regierung Erfolge vorweisen.

Die Privatisierung von Staatsunternehmen, die mithilfe sollte, die leere Staatskasse zu sanieren, hat noch gar nicht richtig begonnen. Von den erhofften 50 Milliarden Euro bis 2015 kamen bislang nur 1,6 Milliarden Euro zusammen.

Vor allem der Verkauf von Grundstücken stockt. Ein Kataster war den Griechen bis vor kurzem völlig unbekannt. Nach weit über zehnjähriger Aufbauarbeit sind bislang nur sechs Prozent aller Flächen erfasst.

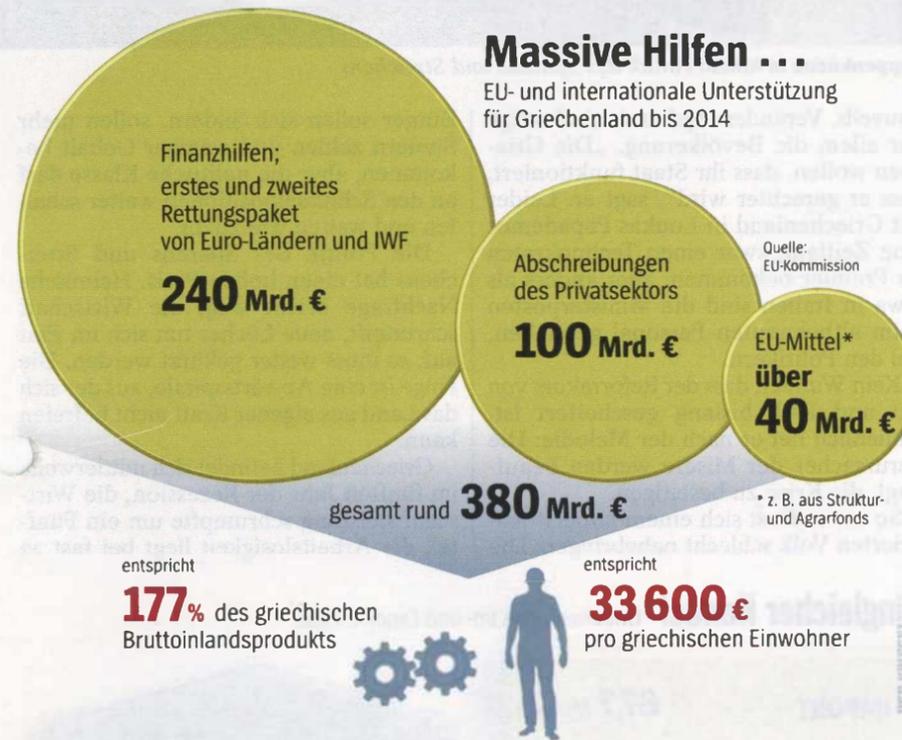
Bei der Liberalisierung der verriegelten Wirtschaft bewegt sich ebenfalls nichts. Symptomatisch dafür ist das Vorhaben, die Dienstleistungen von Architekten, Anwälten oder Spediteuren für den Wettbewerb zu öffnen. Rund 140 sogenannte geschlossene Berufe gibt es, niemand kann die genaue Zahl nennen. Die Lizenzen für ihre eintäglichen Tätigkeiten bekamen sie noch unter der Militärjunta, sie werden von Generation zu Generation vererbt, in der Familie weitergereicht oder für viel Geld verkauft. Für den Erwerb einer Taxi-



Sozialist Venizelos



Kanzlerin Merkel



... saftige Rechnung

Deutsche Haftung im Fall eines kompletten griechischen Zahlungsausfalls, Stand: 11. Mai

Zahlungsbilanzdefizit Deutsche Haftung für Griechenlands Verbindlichkeiten im Target-2-System der EZB	28,8 Mrd. €
Erstes und zweites Rettungspaket Von der KfW-Bank und der EFSF bereits ausgezahlte Kredite und Bankenhilfen	26,4 Mrd. €
Anteil an den Zahlungen des IWF	1,3 Mrd. €
Anteil an den Aufkäufen griechischer Staatsanleihen durch die EZB	9,0 Mrd. €
Gesamt	65,5 Mrd. €

lizenz in Athen sind Summen zwischen 100 000 und 150 000 Euro an der Tagesordnung.

Im Frühsommer 2010 schien damit Schluss. Nach nur wenigen Monaten im Amt verabschiedete die sozialistische Regierung ein Gesetz zur Öffnung der geschlossenen Berufe. Sie sollten sich künftig am Markt dem Wettbewerb stellen.

Berufsgruppen wie Apotheker und Taxifahrer reagierten mit Wut und streikten, die Transportunternehmer blockierten im Frühsommer mit ihren Lastwagen die großen Straßen und brachten das Land – mitten in der Tourismussaison – zum Stillstand.

Mit Erfolg. Die Besitzstandswahrer erpressten Übergangsfristen, Sonderregelungen und Ausnahmen. Praktisch sind die Berufe Außenseitern immer noch verschlossen.

Zudem liegen weiterhin große Teile der Staatsverwaltung in Agonie. Eine der neuen Wunderwaffen, die die EU-Kommission für die europäische Wirtschaft bereithält, sollte auch in Griechenland zum Einsatz kommen: sogenannte Projektbonds. Damit können private Investitionen in große transeuropäische Infrastrukturprojekte abgesichert werden.

Doch unter den Bauvorhaben, die die EU-Kommission für die Pilotphase in diesem und dem nächsten Jahr vorgeschlagen hat, findet sich kein einziges griechisches Projekt. Dabei waren die Brüsseler Beamten zunächst guten Willens, auch in Griechenland ein schnell realisierbares Vorhaben zu finden. Immerhin sollen mit dem neuen Förderinstrument in Europa kurzfristig 4,5 Milliarden Euro für Investitionen mobilisiert werden. Doch die Griechen

mussten passen. Nun sollen die Balten entsprechende Hilfen bekommen.

Einzig beim Kampf gegen das Haushaltsdefizit können die Griechen bescheidene Fortschritte vorweisen. Die Mehrwertsteuer etwa wurde von 19 auf 23 Prozent angehoben, etliche neue Luxussteuern und Sonderabgaben eingeführt, Pensionen um 15 und die Beamtengehälter um bis zu 30 Prozent oder sogar mehr zusammengestutzt.

Das Haushaltsdefizit wurde auf diese Weise um sieben Prozentpunkte gedrückt, das ist beachtlich. Weitere Entlastung brachte ein historisch einmaliger Schuldenschnitt, bei dem 95 Prozent der Gläubiger auf 75 Prozent ihrer Ansprüche verzichteten. Dennoch blieb der Erfolg des Kreditabbaus bescheiden. Trotz Gläubigerbeteiligung leidet das Land weiter unter einer Schuldenlast von 160 Prozent des BIP, die das Land auf Dauer zu erdrosseln droht.

Erschwerend kommt hinzu, dass die etablierte Klasse der Herrschenden kein Interesse am Gelingen der Reformen hat. Für Vorhaben, die die Vertreter aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), die sogenannte Troika, forderte, wurden Gesetze erlassen, die nicht funktionieren konnten. „Weil die zuständigen Minister nicht wollten, dass sie funktionieren“, sagt Berater Hardouvelis.

Ganz offensichtlich hätten Mitglieder der früheren Regierung die Troika ausgetrickst. Wertvolle Zeit ging verloren. „Die haben gedacht, die Party wird schon wieder weitergehen“, sagt er. Und so hätten sie sich auch benommen.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten des griechischen Staats, dass es zwar 32 Gesetze zur Deregulierung gibt, aber keine Deregulierung. Griechenland belegt regelmäßig hintere Plätze des Doing-Business-Index der Weltbank. Daran hat bisher weder die Troika etwas geändert noch die Einsatztruppe vor Ort, die EU-Taskforce für Griechenland, die helfen soll, die Reformen auch wirklich umzusetzen.

Meist seien es die Minister, die die Wende zum Besseren verhinderten, monieren etwa Beamte aus dem Innenministerium. „Bei der Verwaltungsreform müssen wir gegen den eigenen Chef kämpfen“, heißt es da. Vom Verwaltungsminister wird die Anekdote kolportiert, er habe dem Umweltminister geraten, den Vorschlägen der Troika zwar zuzustimmen, diese dann aber nicht umzusetzen.

Es gibt viele solcher Beispiele, die internationalen Gesandten und die Helfer der EU-Taskforce kennen sie, genauso wie die Beamten in den Ministerien, die wirklich etwas ändern wollen und am alten System verzweifeln.

Der Reformwille der meisten Politiker sei sehr begrenzt, sagt Chefberater Har-



Suppenküche in Athen: Politik des Sparens und Streichens

douvelis. Veränderungsbereitschaft zeige vor allem die Bevölkerung. „Die Griechen wollen, dass ihr Staat funktioniert, dass er gerechter wird“, sagt er. Leider hat Griechenland in Loukas Papademos eine Zeitlang zwar einen Technokraten als Premier bekommen, aber anders als etwa in Italien sind die Ministerposten beim altbekannten Personal geblieben. Bei den Politikern.

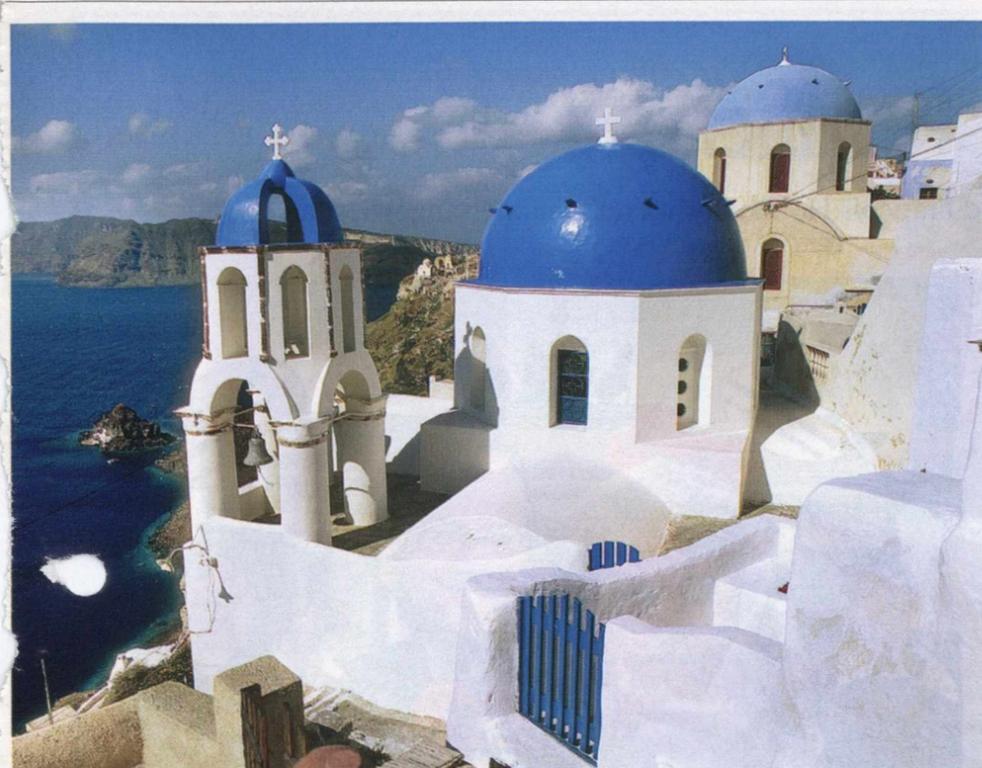
Kein Wunder, dass der Reformkurs von EU und IWF bislang gescheitert ist, schließlich lief er nach der Melodie: Die Verursacher der Misere werden beauftragt, die Krise zu beseitigen.

So etwas lässt sich einem zutiefst frustrierten Volk schlecht nahebringen: Die

Bürger sollen sich ändern, sollen mehr Steuern zahlen und weniger Gehalt bekommen, aber die politische Klasse darf an den Schlüsselpositionen weiter schalten und walten wie zuvor.

Die Politik des Sparens und Streichens hat einen hohen Preis. Heimische Nachfrage bricht weg, die Wirtschaft schrumpft, neue Löcher tun sich im Etat auf, es muss weiter gekürzt werden. Die Folge ist eine Abwärtsspirale, aus der sich das Land aus eigener Kraft nicht befreien kann.

Griechenland befindet sich mittlerweile im fünften Jahr der Rezession, die Wirtschaftsleistung schrumpfte um ein Fünftel, die Arbeitslosigkeit liegt bei fast 22



Griechische Insel Santorini: Vielen Ausländern ist der Urlaub zu teuer

Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 53 Prozent. Zwischen März 2008 und März 2011 ist die Zahl der Arbeitslosen um 95 Prozent gestiegen.

Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit gibt es in Griechenland mehr Joblose als Erwerbstätige. Der Mindestlohn wurde gekürzt auf 585 Euro, für junge Arbeitnehmer gibt es noch weniger, 490 Euro. Das Arbeitslosengeld wurde von 461 Euro auf 358 Euro reduziert, es wird ein Jahr lang ausgezahlt, danach gibt es keine Unterstützung mehr. Gleichzeitig werden immer neue Steuern erhoben. Zum Beispiel die sogenannte Charatzi, eine Sonderabgabe auf Immobilien, die über die Stromrechnung eingetrieben wird.

Und trotzdem, so zeigen Analysen des IWF, liegen die griechischen Verdienste teilweise deutlich über den Löhnen in Portugal oder benachbarten Balkanstaaten wie Bulgarien und Rumänien.

Nichts bewegt sich und wenn, dann abwärts. Der Wahlerfolg der kleineren, radikaleren Parteien ist deshalb nicht nur ein Votum gegen die verhasste Sparpolitik, gegen die sogenannten Memoranden, wie die Kreditvereinbarungen mit den Geldgebern in Griechenland heißen. Es ist vor allem ein Votum gegen die bisher herrschende Klasse, die ihre Macht so lange so schamlos ausgenutzt hat.

Radikale Parteien erhielten mehr als 42 Prozent der Stimmen – das zeigt, wie sehr die etablierten Parteien bei den Griechen an Vertrauen eingebüßt haben.

Viele Jahre haben diese mal die Pasok und mal die Nea Dimokratia gewählt, jetzt erwarten sie nichts mehr von den Versprechungen. Alexis Tsipras hat vor allem in den großen Städten Stimmen gewonnen.

Die Griechen haben ihr Polit-Establishment satt, das mit der Gewissheit lebt, der Staat sei vor allem dazu da, sich zu bereichern und die eigene Einflussosphäre zu vergrößern.

Die beiden Kandidaten der großen Parteien, der Konservative Antonis Samaras, 60, und der Sozialist Evangelos Venizelos, 55, gehören zu diesem Establishment.

Seit Jahrzehnten sind die beiden Berufspolitiker – eine Bezeichnung, die in Griechenland mittlerweile als Beleidigung empfunden wird. Dreimal war Samaras Minister, seit 1977 sitzt er im hellenischen Parlament. Acht Ressorts hatte Venizelos seit 1990 inne.

Samaras' Wahlkampf war ein aberwitziges Schauspiel, die Kampagne war an politischer Fehleinschätzung und Vermessenheit schwer zu übertreffen. Allen Umfragen zum Trotz propagierte er die Alleinregierung der ND und versprach Wahlgeschenke, die es durchaus mit denen von Tsipras aufnehmen können. „Seine Rhetorik gleicht der aus einem Wahlkampfhandbuch von 1985“, spottete die Zeitung „Kathimerini“.

Wie irrlichternd Samaras sich als ND-Chef in den vergangenen zwei Jahren durch die öffentliche Sphäre bewegt, zeigt sich auch daran, dass er es war, der auf die Neuwahlen drängte, die ihm jetzt die-

se Schmach beschert haben – und die seine politische Karriere eher früher als später beenden werden.

Venizelos dagegen, Ex-Finanzminister und eine Art Wappentier der Krise, der dafür zuständig war, endlich die Steuerflucht der Reichen und Superreichen einzuschränken, zeichnet verantwortlich für ein höchst umstrittenes Gesetz, das die Immunität gewöhnlicher Abgeordneter festschreibt. Und damit die Korruption auf höchster politischer Ebene befördert hat.

Es ist ein Teufelskreis der griechischen Art. Kaum jemand mag investieren in einem Land, das nicht nur als bankrott, sondern auch als hochgradig korrupt gilt.

Das weiß auch Aris Syngros, der seit einem Jahr versucht, sein Land zu verkaufen. Syngros, 52, graue Haare, grauer Anzug, lila Einstecktuch mit gelben Punkten, leitet eine Art Büro für Wirtschaftsförderung, das ans Wirtschaftsministerium angeschlossen ist. „Invest in Greece“ („Investieren Sie in Griechenland“) heißt die Devise, das Logo sieht aus wie ein stilisierter Baum mit reichlich Früchten.

So besehen ist Syngros der Mann an vorderster Front gegen das schlechte Image Griechenlands als Investitionsstandort. Das Land gilt als Alptraum für Unternehmer, in dem sich die Vergabe einer Lizenz über Jahre hinziehen kann.

Nun soll alles anders werden. Seit einem Jahr gibt es sogar ein Schnellverfahren für Großprojekte. Doch die griechischen Behörden mit ihren kafkaesken Strukturen bringen selbst Syngros zuweilen zur Verzweiflung. Zuletzt dauerte es allein zwei Monate, bis nach der Sitzung des zuständigen Ministerkomitees sämtliche Unterschriften unter dem Protokoll standen.

Zudem finden sich zu wenig Investoren. „Sie scheuen das Länderrisiko“, sagt Syngros. Für einen eigens eingerichteten sehr günstigen Kredit der deutschen Förderbank KfW etwa gab es bislang gerade einmal einen Interessenten.

Für Syngros wäre der Ausstieg aus dem Euro ein Alptraum. Doch so wie bisher kann es nicht weitergehen; unter Fachleuten wächst die Einsicht, dass sich unter den heutigen Bedingungen Auslandskapital kaum ins Land locken lässt. Ein wirtschaftlicher Neuanfang samt Renaissance der Drachme dagegen könnte das ändern.

Wird die Währung abgewertet, ließen sich griechische Firmen günstiger kaufen und wirtschaftlicher betreiben. Das könnte die Investitionen ankurbeln, so hoffen die Austritt-Befürworter in Brüssel oder Berlin.

Es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb inzwischen viele Fachleute einen griechischen Währungsschnitt befürworten. Das Risiko, dass ein Hellenen-Bank-

Ungleicher Handel

Griechenlands Im- und Exporte 2011



Quelle: EU-Kommission

Paartherapie

Angela Merkel und François Hollande sind aufeinander angewiesen.

Es könnte ein paar peinliche Momente geben, wenn sich François Hollande und Angela Merkel am Dienstagabend im Kanzleramt zum ersten Mal gegenüberstehen. Zwei Menschen treffen aufeinander, die von nun an aneinandergekettet sein werden, aber in den vergangenen Monaten wie Gegenspieler wirkten.

Noch nie war die Stimmung in einem neuen deutsch-französischen Gespann so früh derart belastet. Sowohl die Kanzlerin als auch der neue Präsident haben dazu beigetragen. Sie hat sich geweigert, Hollande im Wahlkampf zu treffen, und sich offen auf die Seite des Verlierers Nicolas Sarkozy geschlagen. Er hat Wahlkampf gegen den Fiskalpakt gemacht, ihre größte Errungenschaft in Europa.

Hollande zog in den vergangenen Wochen durchs Land, als trete er an, den Kontinent von Merkel zu befreien. Gleichzeitig erklärten enge Berater des Sozialisten den Deutschen, Hollande werde den Fiskalpakt nicht wirklich neu verhandeln. Er werde sich mit zusätzlichen Wachstumsmaßnahmen begnügen.

Auf deutscher Seite nimmt man diese Beteuerungen ernster als die Wahlkampfreden des Kandidaten. Schon seit einiger Zeit glaubt man im Kanzleramt, ein Sieg des Sozialisten werde noch positive Seiten zeigen.

Hollande könnte ihr im persönlichen Umgang besser liegen als sein Vorgänger. Er gilt als pragmatischer und umgänglicher Politiker, der Kompromisse sucht. Merkel glaubt, dass Hollande ihr helfen könnte, das deutsche Image in Europa zu verbessern. Sie macht sich Sorgen über die heftigen antideutschen Reaktionen in vielen Ländern Europas, die unter Sparmaßnahmen leiden. Daher käme es ihr sogar gelegen, wenn Hollande behaupten würde, er habe die Linie der Deutschen revidiert.

Erst seit Hollandes Wahl sprechen die Mitarbeiter der beiden direkt miteinander. Sie haben seither intensiv über das erste Treffen verhandelt. Am Freitag verkündete Regierungssprecher Steffen Seibert, es gehe nur ums Kennenlernen. Entscheidungen würden noch keine getroffen.



Protest gegen EU-Sparpläne*: Noch nie war die Stimmung so belastet

Merkel hat Hollande klargemacht, dass es für sie eine rote Linie gibt: Der Fiskalpakt darf nicht aufgeweicht werden. Darauf will sie beim ersten Treffen bestehen. Nicht nur, weil sie den Sparkurs für richtig hält. Sie glaubt auch, dass ihr jedes Nachgeben innenpolitisch schaden würde. Im Juni stimmt der Bundestag über den Euro-Rettungsschirm ESM ab. Die Kanzlerin macht sich Sorgen, dass sie keine Regierungsmehrheit zustande bekommt, wenn sie nachgibt.

Im Kanzleramt weiß man aber auch, dass der neue französische Präsident nicht mit leeren Händen nach Hause fahren kann.

Merkel ist einverstanden, den Fiskalpakt um einen Wachstumsteil zu ergänzen. Hollande könnte seinen Wählern dann erzählen, er habe sich mit seiner Forderung nach einem Ende der strengen Sparpolitik durchgesetzt. Zu den geplanten Maßnahmen gehört, dass Gelder aus den EU-Strukturfonds in neue Projekte investiert werden können.

In einem Punkt kann Hollande schon einen Sieg verbuchen. Merkel hat keine grundsätzlichen Einwände gegen den Plan, das Eigenkapital der

Europäischen Investitionsbank um 10 Milliarden Euro zu erhöhen – obwohl Deutschland davon 1,6 Milliarden zahlen müsste.

Auch die Projektbonds, die Hollande fordert, um beispielsweise große Infrastrukturprojekte zu finanzieren, könnten Wirklichkeit werden. Merkel ist grundsätzlich bereit, solchen Projektbonds zuzustimmen – unter der Voraussetzung, dass sie Deutschland nichts kosten.

Obwohl Hollande immer gegen „Austerität“ wetteuerte, hat auch er sich für ein ausgeglichenes Budget ausgesprochen. Wie Hollande das angesichts seiner teuren Wahlversprechen schaffen will, ist der Bundesregierung ein Rätsel.

Um die Stimmung aufzuheben, wird Merkel den Franzosen wohl in einem weiteren Punkt entgegenkommen: Hollande plant eine große Geste zum 50. Jubiläum des Elysée-Vertrags im nächsten Jahr, etwa eine Neufassung des deutsch-französischen Abkommens. Das hatte auch Sarkozy schon einmal vorgeschlagen, Merkel hielt damals nichts davon. Doch nun hat das Auswärtige Amt den Franzosen signalisiert, dass man zu Gesprächen über symbolische Akte bereit sei.

RALF NEUKIRCH, MATHIEU VON ROHR

* Demonstranten mit Merkel- und Hollande-Maske am 7. Mai vor dem Brandenburger Tor.

rott die ganze Euro-Zone in Brand steckt, ist deutlich geschwunden.

Europas Regierungen haben ihre Rettungsschirme zum Schutz südeuropäischer Länder wie Spanien, Portugal oder Italien ausgeweitet, und die privaten Gläubiger haben sich weitgehend aus Griechenland zurückgezogen. Gedrängt von Berlin, Paris und Brüssel und nach monatelangen Verhandlungen verzichteten Banken, Versicherungen sowie andere Investoren Anfang März auf fast 75 Prozent ihrer Forderungen von 206 Milliarden Euro an die griechische Regierung.

Milliardenverluste in Griechenland verdarben vielen Finanzkonzernen die Bilanz. Doch weil sich der Schuldenschnitt lange anbahnte, verdauten die Banken ihre faulen Griechenland-Anleihen häppchenweise, ohne dadurch in eine Schieflage zu geraten.

Zwar klagten die Banken, weil sie zum sogenannten freiwilligen Verzicht gezwungen wurden. Doch wenn es nun zum Euro-Austritt Griechenlands kommt und Athen seine Schulden nicht mehr bedienen kann, profitieren die privaten

Gläubiger davon, dass sie das Schlimmste schon hinter sich haben.

„Die direkten Kosten einer griechischen Staatspleite sind für die privaten Gläubiger beherrschbar“, sagt Jürgen Michels, Chefvolkswirt für Europa bei der Citigroup. Hinzu kommt, dass nur ein Teil der restlichen Forderungen bei Banken und Versicherungen der Euro-Zone liegt, den Rest haben Spekulanten übernommen, die oft außerhalb Europas angesiedelt sind. Deshalb würde ein Ausfall wohl nicht das europäische Bankensystem erschüttern.

Entsprechend überzeugt sind inzwischen die Euro-Retter, dass ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion verkraftbar wäre. „Die Ansteckungsgefahren sind jetzt nicht mehr so groß wie vor einigen Monaten“, sagt der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden.

Auf die Weitsicht der griechischen Politiker wollen sich die Euro-Retter jedenfalls nicht mehr verlassen, und so haben sie ihre Fachleute angewiesen, Vorkehrungen für den Ernstfall auszuarbeiten. Seit rund einem Jahr bereitet sich etwa im Hause von Finanzminister Schäuble eine „Taskforce Griechenland“ auf einen

möglichen Ausstiegsbeschluss vor. Abgeschottet vom Rest des Ministeriums entwickelt sie Modelle und Szenarien, welche Auswirkungen der Schritt haben würde, für den Rest der Euro-Zone, aber auch für Griechenland selbst.

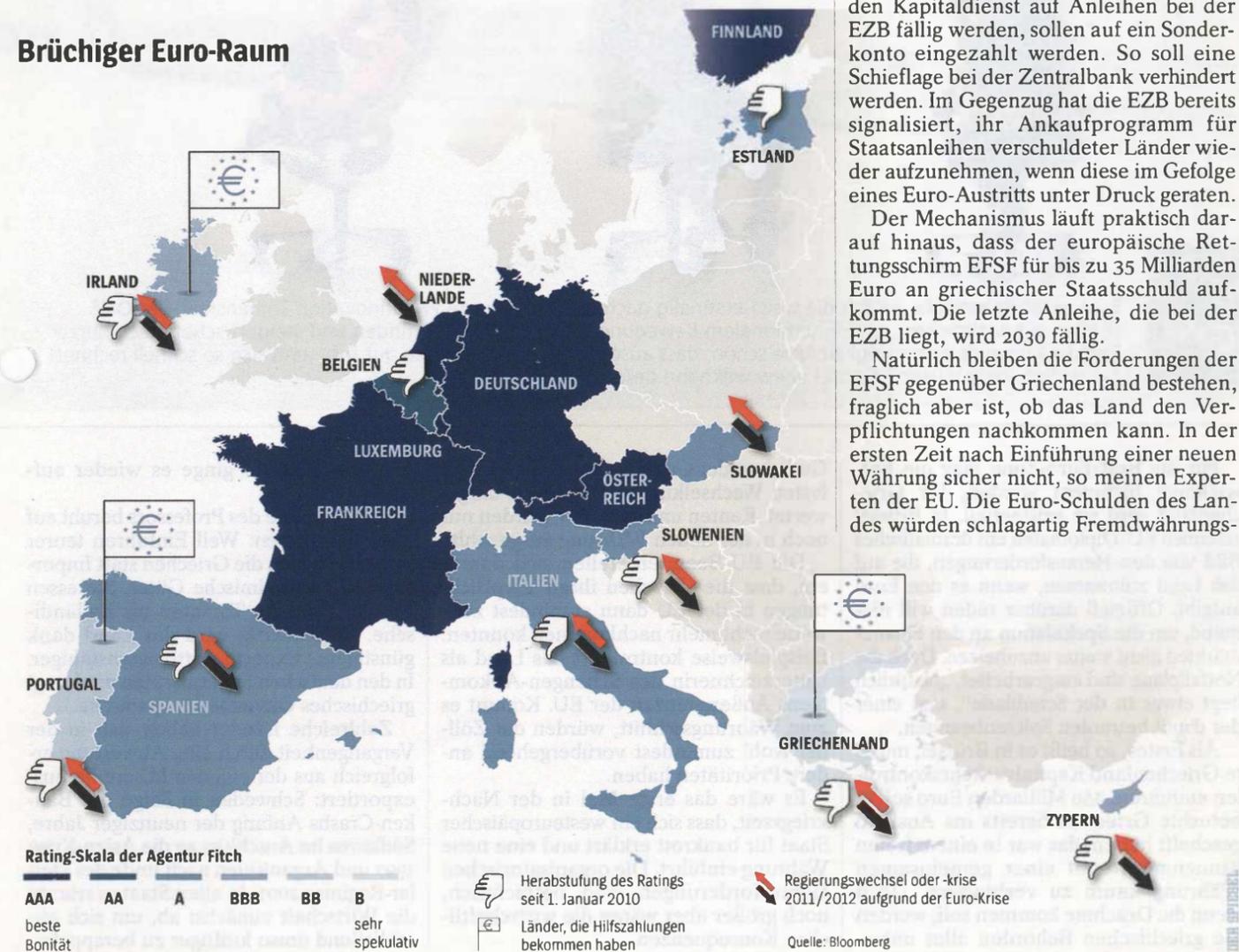
Wichtigste Erkenntnis: Ein großer Teil der griechischen Schuldtitel liegt inzwischen bei öffentlichen Gläubigern, vor allem bei der EZB. Die Frankfurter Währungshüter halten nach Erkenntnis der Finanzministerialen griechische Staatsanleihen im Volumen von 30 bis 35 Milliarden Euro.

Gefährlich wird dieser Posten, wenn Griechenland seine Zahlungen auf diese Schulden einstellt, weil es kein Geld mehr aus den europäischen Rettungstöpfen bekommt. Deshalb haben sich die Berliner Krisenexperten für dieses Problem eine besonders trickreiche Lösung ausgedacht. Sie wollen den Griechen die vereinbarten Tranchen aus den Hilfspaketen nicht komplett streichen. Verzichten muss das Land auf jenen Anteil, der in den Staatshaushalt fließen sollte, um Renten, Beamtgehälter oder sonstige Ausgaben zu decken. Die Milliarden aber, die für den Kapitaldienst auf Anleihen bei der EZB fällig werden, sollen auf ein Sonderkonto eingezahlt werden. So soll eine Schieflage bei der Zentralbank verhindert werden. Im Gegenzug hat die EZB bereits signalisiert, ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen verschuldeter Länder wieder aufzunehmen, wenn diese im Gefolge eines Euro-Austritts unter Druck geraten.

Der Mechanismus läuft praktisch darauf hinaus, dass der europäische Rettungsschirm EFSF für bis zu 35 Milliarden Euro an griechischer Staatsschuld aufkommt. Die letzte Anleihe, die bei der EZB liegt, wird 2030 fällig.

Natürlich bleiben die Forderungen der EFSF gegenüber Griechenland bestehen, fraglich aber ist, ob das Land den Verpflichtungen nachkommen kann. In der ersten Zeit nach Einführung einer neuen Währung sicher nicht, so meinen Experten der EU. Die Euro-Schulden des Landes würden schlagartig Fremdwährungs-

Brüchiger Euro-Raum



schulden – und würden sich damit vervielfachen.

Auch wenn die Griechen im Falle ihres Ausscheidens aus der Währungsunion keine Unterstützungszahlungen mehr von den europäischen Rettungsschirmen bekommen: Fallengelassen werden sie nicht. Wenn sie weiter Mitglied der Europäischen Union bleiben, haben sie Anspruch auf Hilfen, wie sie auch andere EU-Länder im Falle einer Schieflage bekommen. So haben etwa Lettland, Ungarn und Rumänien solche Hilfen erhalten.

Für die Euro-Länder ist das nicht nur von Nachteil. „Dann zahlen nicht mehr nur die Mitgliedstaaten der Euro-Zone für Griechenland“, sagt ein hoher Regierungs-Beamter. „Dann müssen alle 27 EU-Staaten ihren Beitrag leisten, inklusive Großbritannien.“

nehmen, um den Euro-Transfer ins Ausland zu stoppen.

Die Einführung der neuen, alten Währung erfordert Präzisionsarbeit. Gelddruckereien müssen die Drachmen produzieren. „Die Banken müssen eine Woche schließen, bis die neue Währung verteilt werden kann“, prognostiziert einer der hochrangigen EU-Beamten, der monatelang studiert hat, wie andere Länder ihre Währungen reformiert haben.

In solchen Fällen, das lehrt die Erfahrung, geht die Polizei an Bankfilialen hinter Sandsäcken in Stellung. Die Geldausgabeautomaten würden in der Zeit des Übergangs nur noch 20 oder 50 Euro am Tag ausspucken, um die Kunden mit dem Allernotwendigsten für den Tagesbedarf auszustatten.

Am Anfang der neuen Währung stünde eine Art Zwangsumtausch. Die Euro-

kehrt die Drachme zurück, würde sie gegenüber dem Euro drastisch an Wert verlieren, mit einem Minus von mindestens 50 Prozent rechnen Experten. Sogar einen Verlust von bis zu 80 Prozent halten Insider für möglich. Banken und Firmen, die im Ausland Schulden in Euro haben, könnten diese nicht mehr bedienen und müssten Insolvenz anmelden.

Entsprechend stürzt Griechenland in eine noch tiefere Rezession als bislang. Der IWF rechnet für das erste Jahr nach der Drachme-Rückkehr mit einem Minus der Wirtschaftsleistung von über zehn Prozent. Damit fällt das Land auch ökonomisch um Jahre zurück.

Doch anschließend wächst die Wirtschaft laut IWF sogar schneller als ohne Abwertung. „Die Turbulenzen dauern vielleicht ein bis zwei Jahre“, sagt Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner Ifo-



Griechische Neofaschisten: Das politische System des Landes löst sich auf

Den besten Bürostuhl der Welt gibt es nicht? Manche meinen doch!

ON® Wilkhahn.



Eine wissenschaftliche Feldstudie weist erstmalig nach: Die patentierte Weltinnovation Trimension® des ON® fördert mit natürlichem, dreidimensionalem Bewegungssitzen das Wohlbefinden und steigert schon nach kurzer Zeit die Konzentrationsfähigkeit. Wie schön, dass ausgezeichnetes Design so gut tut – und sich so schnell rechnet! Sie wollen mehr wissen? Gerne! www.wilkhahn.de/on

Für die Rest-Euro-Zone mag die Entwicklung turbulent werden, für Griechenland wird sie existentiell. In Brüssel zeichnen EU-Diplomaten ein dramatisches Bild von den Herausforderungen, die auf das Land zukommen, wenn es den Euro aufgibt. Offiziell darüber reden will niemand, um die Spekulation an den Finanzmärkten nicht weiter anzuheizen. Doch die Notfallpläne sind ausgearbeitet. „Natürlich liegt etwas in der Schublade“, sagt einer der damit betrauten Spitzenbeamten.

Als Erstes, so heißt es in Brüssel, müsste Griechenland Kapitalverkehrskontrollen einführen. 250 Milliarden Euro sollen betuchte Griechen bereits ins Ausland geschafft haben, das war in einem freien Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung kaum zu verhindern. Doch wenn die Drachme kommen soll, werden die griechischen Behörden alles unter-

Guthaben der Griechen würden zu einem festen Wechselkurs in Drachmen umgewertet. Renten und Gehälter würden nur noch in der neuen Währung ausgezahlt.

Die EU-Beamten stellen sich darauf ein, dass die Griechen ihren Verpflichtungen in der EU dann zumindest zeitweise nicht mehr nachkommen könnten. Beispielsweise kontrolliert das Land als Unterzeichnerin des Schengen-Abkommens Außengrenzen der EU. Kommt es zum Währungsschnitt, würden die Zöllner wohl zumindest vorübergehend andere Prioritäten haben.

Es wäre das erste Mal in der Nachkriegszeit, dass sich ein westeuropäischer Staat für bankrott erklärt und eine neue Währung einführt. Die organisatorischen Herausforderungen sind beträchtlich, noch größer aber wären die wirtschaftlichen Konsequenzen.

Instituts. Danach ginge es wieder aufwärts.

Die Prognose des Professors beruht auf zwei Annahmen: Weil Einfuhren teurer werden, kaufen die Griechen statt Importen mehr einheimische Güter. Sie essen eher griechische Tomaten als holländische. Gleichzeitig wird das Land dank günstigerer Exporte wettbewerbsfähiger. In den deutschen Supermärkten verdrängt griechisches Olivenöl das spanische.

Zahlreiche Länder haben sich in der Vergangenheit durch eine Abwertung erfolgreich aus der eigenen Misere heraus exportiert: Schweden in Folge des Banken-Crashes Anfang der neunziger Jahre, Südkorea im Anschluss an die Asien-Krise 1997 und Argentinien nach Ende des Dollar-Regimes 2001. In allen Staaten stürzte die Wirtschaft zunächst ab, um sich anschließend umso kräftiger zu berappeln.

Mehr exportieren, weniger importieren, so kann Griechenland sein Außenhandelsdefizit reduzieren. Es lag im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich bei rekordverdächtigen zehn Prozent. Selbst im Krisenjahr 2010 führte das Land für 32 Milliarden Euro mehr Waren ein, als es ins Ausland verkaufte. Entsprechend ist das vermeintliche Agrarland bis heute Netto-Importeur von Lebensmitteln.

Von der Rückkehr zur Drachme dürfte auch ein anderer Wirtschaftszweig profitieren, auf dem große Hoffnungen ruhen: der Tourismus. Vielen Ausländern ist Urlaub in Griechenland zu teuer geworden. Mit der neuen, alten Währung könnte das Land wieder mit seinen schärfsten Rivalen Türkei und Nordafrika konkurrieren.

Dass der wirtschaftliche Aufbruch gelingt, ist wahrscheinlich, aber nicht gesichert. Viele Ökonomen fürchten, dass das unvermeidliche Chaos einer Währungsreform ihre positiven Folgen für lange Zeit überdecken könnte. Die Sparer würden einen Großteil ihres Vermögens verlieren, dem Staat droht der Zusammenbruch, den Griechen die Armut und den Europäern dauerhaft ein teures Problem im Südosten des Kontinents.

Es wäre nicht die einzige Rechnung, die auf Europa zukommt. In den vergangenen beiden Jahren wurden immer mehr griechische Schulden sozialisiert. Die privaten Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Hedgefonds halten nach der im März erfolgten Umschuldung nur noch Staatsanleihen im Wert von knapp hundert Milliarden Euro.

Hinzu kommen Kredite in Höhe von 73 Milliarden Euro, die von den Mitgliedern der Euro-Zone und dem IWF im Rahmen des ersten Hilfspaketes ausgezahlt wurden. Inzwischen sind die ersten Tranchen aus dem zweiten Hilfspaket nach Athen geflossen. Dazu kommen die EZB-Staatsanleihen im Wert von rund 35

Milliarden Euro. Unklar ist, was mit den Forderungen der EZB gegenüber der griechischen Notenbank geschieht, den sogenannten Target-Salden. Sie haben sich zuletzt auf gut hundert Milliarden Euro belaufen.

Die Rating-Agentur Fitch schätzt, dass die Forderungen der öffentlichen Hand gegenüber Griechenland in diesem Jahr auf gut 300 Milliarden Euro wachsen werden. Würden diese Forderungen größtenteils wertlos, müsste allein der deutsche Finanzminister einen Verlust von Dutzenden Milliarden Euro tragen.

Dieser Betrag ist hoch, wäre aber nach Ansicht vieler Ökonomen verkraftbar. Er würde ungefähr der Nettokreditaufnahme des Bundes in diesem Jahr entsprechen. Entsprechend hielte sich der volkswirtschaftliche Schaden eines griechischen Euro-Austritts für Deutschland in Grenzen. „Dafür ist die griechische Wirtschaft einfach zu unbedeutend“, sagt Oxford-Ökonom Clemens Fuest.

Das Fazit ist eindeutig: Die bisherige Strategie zur Griechenland-Rettung ist gescheitert, gleichzeitig schwinden die Risiken eines Austritts. Umso mehr spricht dafür, die Chancen eines Neubeginns zu nutzen, im Interesse Griechenlands wie der Euro-Zone. Die wäre dann auch wieder attraktiver für Neumitglieder, etwa das wirtschaftsstarke Polen, dessen Beitrittswillen Außenminister Radoslaw Sikorski bekundet (siehe Seite 32).

Würde Athen die Währungsunion verlassen, wäre nicht nur ein Zeichen gesetzt, dass die Fiskal- und Haushaltsregeln in der Geldunion künftig besser eingehalten werden. Es würde den Europäern auch leichter fallen, die notwendigen Beschlüsse zur Euro-Rettung durchzusetzen. In vielen Ländern entzündet sich der Widerstand gegen Rettungsschirme und Hilfsprogramme vor allem am Fall Griechenland.

Ein Comeback der Drachme würde das ändern, und so ist es kein Wunder, dass gerade in Deutschland die Neigung groß ist, im Fall Griechenland hart zu bleiben. CSU-Chef Horst Seehofer plädiert schon länger für einen Griechen-Austritt, nun fühlt er sich bestätigt. Würden Athen die Drachme wieder einführen, wäre das „weder das Ende des Euro, noch das Ende der EU“, sagt er. „Wir müssen Deutschlands ökonomische Stärke erhalten, das ist wichtiger als ein Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone.“

Die beiden anderen Partner in der Regierungskoalition verschärfen ebenfalls den Ton gegenüber Athen. „Griechenland hat nur dann eine Zukunft im Euro-Raum, wenn die Schulden konsequent abgebaut und strukturellen Reformen umgesetzt werden“, sagt Wirtschaftsminister Philipp Rösler. „Ein Auf- oder Abweichen bei den festgelegten Programmen wird es nicht geben.“ Auch der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier plädiert dafür, am bisherigen Sparkurs strikt festzuhalten. „Griechenland hat bereits mehr Geld bekommen als vergleichsweise beim Marshall-Plan ausgezahlt wurde“, sagt er. „Die Griechen müssen die Maßnahmen als Chance begreifen, sonst haben sie keine Chance.“

Allerdings wäre auch mit einem Comeback der Drachme der Fall Griechenland längst nicht gelöst. Ein Austritt Athens aus der Währungsunion würde die EU auf die größte Probe ihrer Geschichte stellen. Sie müsste die Griechen weiter stützen, damit das Land nicht in Chaos und Anarchie versinkt.

Kein Zweifel: Würde Griechenland zur Drachme zurückkehren, finge für Europa die Arbeit an.

SVEN BÖLL, MANFRED ERTEL, MARTIN HESSE, JULIA AMALIA HEYER, CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA, CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH